

Kittel, Bernhard; Traxler, Franz

Article

Lohnverhandlungssysteme und Geldpolitik

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Kittel, Bernhard; Traxler, Franz (2001) : Lohnverhandlungssysteme und Geldpolitik, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 27, Iss. 1, pp. 11-40

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332587>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Lohnverhandlungssysteme und Geldpolitik

Ein internationaler Vergleich und seine Implikationen für die Währungsunion

Bernhard Kittel, Franz Traxler

1. Einleitung

Aus international vergleichender Sicht handelt es sich bei der Europäischen Union um ein einzigartiges Arrangement. Dessen Eigentümlichkeit liegt in der Disparität der Integration: Ein außerordentlich hoher Grad an marktvermittelter, wirtschaftlicher Integration kontrastiert mit einem relativ niedrigen Niveau an politischer Integration. Seit dem Vertrag von Maastricht koexistiert neben dem einheitlichen Markt auch eine supranationale Geldpolitik mit der Fortschreibung nationaler Souveränität in anderen relevanten Feldern der Wirtschaftspolitik. Dazu zählen insbesondere die Finanz- und Lohnpolitik, deren Institutionen ein erhebliches Maß an Vielfalt aufweisen.

Durch den Vertrag von Maastricht wurde die Asymmetrie zwischen supranationalen und nationalen Entscheidungszentren dadurch vertieft, daß der Geldpolitik eine außerordentlich einflußreiche Rolle zugewiesen wurde. Denn nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank wurde die Europäische Zentralbank (EZB) als unabhängige, der Geldwertstabilität verpflichtete Institution konzipiert.

Vor diesem Hintergrund stellt sich eine Reihe von Fragen. Die erste ist, inwieweit sich aus dieser Konstellation die Notwendigkeit der Koordinierung der nationalen Akteure der Lohnpolitik (aber auch der Finanzpolitik, die hier nicht weiter betrachtet werden soll) mit der supranationalen Geldpolitik ergibt. Die Antwort auf diese Frage ist kontroversiell. Der einen Grundposition zufolge ist eine glaubwürdige, unabhängige Notenbank in der Lage, ihr Stabilitätsziel im Alleingang ohne nennenswerte realwirtschaftliche Kosten (Beschäftigung, Wachstum) zu erreichen.¹ Die Gegenposition dazu ist, daß im Fall von Koordinierungsdefiziten solche Kosten einer stabilitätsorientierten Geldpolitik durchaus zu erwarten sind.²

Akzeptiert man die These vom Koordinierungsbedarf, so führt dies zur Frage der Koordinierungsfähigkeit und der Koordinierungsbereitschaft der beteiligten Akteure. In dieser Hinsicht besteht weitgehend Übereinstimmung darin, daß die Anpassungs- bzw. Koordinierungsfähigkeit mit der jeweiligen

Konfiguration der Institutionen variiert. Entsprechend der Vielfalt der nationalen Institutionen in Europa wäre daraus zu folgern, daß sich deren Mitgliedsstaaten beachtlich in der Fähigkeit unterscheiden, ihre Finanz- bzw. Lohnpolitik an die Erfordernisse der Währungsunion anzupassen.³ Die Anpassungs- und Kooperationsbereitschaft der Akteure ist nicht unabhängig vom Integrationsprozeß. So gerät aus dem Blickwinkel der nationalen Akteure durch die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) die (supranationale) Geldwertstabilität zu einem kollektiven Gut, dessen Sicherstellung die bekannten Kooperationsprobleme aufwirft.

2. Die Prämissen der Interaktionsanalysen von Lohn- und Geldpolitik

Die folgende Analyse beschäftigt sich mit dem Zusammenwirken von Lohn- und Geldpolitik. Dazu liegt mittlerweile eine Reihe modelltheoretischer und empirischer Untersuchungen vor.⁴ Deren gemeinsamer Nenner ist, daß sie politikrelevante Unterschiede im Institutionengefüge in bezug auf die Geldpolitik im Ausmaß der Unabhängigkeit der Notenbank und in bezug auf die Lohnpolitik im Zentralisations- bzw. Koordinierungsgrad des Lohnverhandlungssystems (LVS) verortet. Für die Geldpolitik wird dabei generell angenommen, daß inflationsdämpfende Effekte mit dem Grad der Unabhängigkeit der Notenbank zunehmen, da ein hohes Maß an Unabhängigkeit die Glaubwürdigkeit des wirtschaftspolitischen Primats der Geldwertstabilität sicherstellt. Für die Lohnpolitik wird davon ausgegangen, daß lohnkostendämpfende Effekte mit dem Grad der Zentralisation/Koordination des LVS zunehmen, weil auf diese Weise die Arbeitsmarktparteien gezwungen sind, negative Lohnexternalitäten (Inflation, Arbeitslosigkeit) zu internalisieren.⁵ In einer speziellen Variante dieser Diskussion wird darauf hingewiesen, daß im Fall dezentralisierter/unkoordinierter LVS der Marktwettbewerb der Externalisierung von Lohnkostensteigerungen entgegenwirkt, so daß sie einen hoch zentralisierten/koordinierten Systemen ähnlichen Lohn-dämpfungseffekt zeitigen.⁶ Danach wäre der Zusammenhang zwischen Zentralisation/Koordination nichtlinear in der Weise, daß jene LVS mit dem höchsten bzw. niedrigsten Zentralisations/Koordinationsgrad "mittleren" Systemen in der Fähigkeit zur Lohnkostendämpfung überlegen sind.

Die an diesen Theoremen anknüpfende Problemstellung ist dann, welche nominellen und realen Effekte die Interaktion alternativer institutioneller Arrangements in der Lohn- und Geldpolitik hervorbringt. Die Ergebnisse dieser Debatte sind kontrovers.

Die Unterschiede in den Befunden der theoretischen Analyse reflektieren Unterschiede in den Modellen jeweils zugrundeliegenden Annahmen. Ohne hier auf Details einzugehen, sei nur festgehalten, daß allein die Annahmen zur institutionellen Konfiguration der LVS von den realen Gegebenheiten weitgehend abgehoben sind. Offenkundig wird dies an den Annahmen zur Gewerkschaftsstruktur: Die Standardannahme ist diesbezüglich die Existenz einer nationalen Monopolgewerkschaft.⁷ Für die Länder der

OECD, auf deren Institutionensystem derlei Analysen bezogen sind, gilt allerdings, daß nur Österreich und allenfalls Australien dieser Annahme entsprechen.⁸ Nicht weniger realistisch ist die Annahme berufsspezifischer Gewerkschafts- und Lohnverhandlungsstrukturen.⁹ Diese Situation war in der OECD nur in Neuseeland bis zur Deregulierung der Arbeitsbeziehungen im Jahr 1991 gegeben.

Hinzu kommt, daß zwei wesentliche institutionelle Dimensionen von LVS in allen herkömmlichen Analysen zur Interaktion von Lohn- und Geldpolitik ausgespart bleiben. Dies betrifft zum einen die Rolle des Staates in der Lohnbildung. Sie ist in keinem Land der OECD der staatlichen Regulierung völlig entzogen, wobei allerdings die Regulierungsziele und -formen im Ländervergleich beträchtlich variieren. Sie reichen von arbeits- und verbandsrechtlicher Rahmenregelung bis zur materiellen Intervention (z.B. in Form staatlicher Zwangsschlichtung und gesetzlicher Mindest- bzw. Maximallohnsätze). Vergleichende Untersuchungen bestätigen die naheliegende Annahme, daß derlei Unterschiede in der staatlichen Lohnregulierung die Lohnentwicklung signifikant beeinflussen.¹⁰

Die zweite Leerstelle herkömmlicher Analysen ergibt sich aus der systematischen Vernachlässigung der spezifischen Handlungsprobleme kollektiver Akteure. Sichtbar wird dieser Mangel an der Modellierung des Gewerkschaftsverhaltens, die ein Kernelement der theoretischen Analyse der Interaktion von Lohn- und Geldpolitik darstellt. Dabei wird so verfahren, daß eine Nutzenfunktion der Gewerkschaft(en) definiert wird und nutzenmaximierendes Verhalten der Gewerkschaft(en) angenommen wird. Dem liegt implizit die Prämisse zugrunde, Gewerkschaften wären monolithische Akteure mit einer für ihren Organisationsbereich allgemein verbindlichen Präferenzordnung. Schon für Individuen ist diese Prämisse zweifelhaft. Für kollektive Akteure, die eine Vielzahl von individuellen Akteuren mit keineswegs identischen Präferenzen repräsentieren, ist sie unhaltbar.¹¹ Die Transformation konkurrierender, widersprüchlicher Interessen in gemeinsame Ziel (d.h. die Formulierung einer Nutzenfunktion) zählt zu den Grundproblemen von Interessenverbänden. Angesichts dieses Transformationsproblems ist davon auszugehen, daß in Abweichung von gängigen Modellierungen die gewerkschaftliche Nutzenfunktion kontingent ist: Sie steht in Abhängigkeit von der jeweiligen Mitglieder-, Interessen- und Organisationsstruktur und ist im Gefolge eines Wandels in dieser Strukturkonfiguration auch Veränderungen unterworfen. Aber selbst wenn man unterstellt, Interessenverbände im allgemeinen und Gewerkschaften im besonderen wären immer und überall in der Lage, eine unzweideutige Nutzenfunktion zu definieren, die die kollektiven Interessen ihrer Mitglieder völlig trifft, besteht kein Grund, sie als monolithische Akteure zu begreifen. Denn auch unter dieser Bedingung ergeben sich Probleme kollektiven Handelns, die im ungünstigsten Fall die Verwirklichung des Verbands- bzw. Gewerkschaftsziels am Eigeninteresse der Mitglieder scheitern lassen können.¹² Im Gegensatz zu der Standardannahme gängiger Modellierung, derzufolge kollektive Akteure ihre (wie auch immer spezifizierte Nutzenfunktion) umstandslos in entsprechende

Strategien umsetzen können, ist davon auszugehen, daß das eigeninteressierte Handeln ihrer Mitglieder eben diese Umsetzung fraglich macht.

Daraus folgt, daß die Zentralisierung/Koordinierung der Lohnpolitik zwei wesentliche Problemdimensionen¹³ umfaßt: Zum einen die *Formulierung* einer makroökonomischen (d.h. Lohnexternalitäten internalisierenden) Nutzenfunktion, und zum anderen die praktische *Umsetzung* dieser Nutzenfunktion gegen abweichende Eigeninteressen der Mitglieder. Aus empirischer Sicht spricht alles dafür, daß die Umsetzungs- bzw. Implementierungsprobleme makroökonomischer Zielfunktionen die Schwierigkeiten der Formulierung solcher Ziele bei weitem übertreffen.¹⁴ Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs experimentierten so gut wie alle Länder der OECD mit einkommenspolitischen Steuerungskonzepten. In jenen Ländern, in denen sie scheiterten, lag dies im Regelfall an unlösbaren Umsetzungsproblemen, die sich in exzessiver Lohndrift, wilden Streiks und anderen Tendenzen informeller Dezentralisierung der Lohnpolitik äußerten.

Unter Berücksichtigung all dieser Vorbehalte lassen sich aus der theoretischen Analyse kaum praktisch relevante Schlußfolgerungen zur Interaktion von Lohn- und Geldpolitik ableiten. Ihr Nutzen liegt primär in der heuristischen Funktion im Zusammenhang mit der Formulierung empirisch testbarer, statistischer Modelle. Aus den obengenannten Gründen sollte allerdings die empirische Analyse die theoretische Modellierung in der Komplexität der Problemstellung übertreffen. Dies ist nicht der Fall. Die Prädiktoren der empirischen Interaktionsanalysen replizieren bloß die in der theoretischen Modellierung betrachteten Parameter, so daß weder die staatliche Regulierung noch die internen Kooperationsprobleme der kollektiven Arbeitsmarktparteien Eingang in die Untersuchung finden.¹⁵ Die konzeptionellen Leerstellen in der theoretischen Modellierung der Gewerkschafts- und Verhandlungsstrukturen führen überdies in der empirischen Analyse zu gravierenden Validitätsproblemen im Zusammenhang mit der Operationalisierung dieser Strukturen. Die diesbezüglichen Probleme beginnen mit konzeptionellen Unschärfen hinsichtlich der Frage, was unter Zentralisierung bzw. Koordinierung eigentlich zu verstehen ist. Die gängige Operationalisierung dieses Konzepts ist, den Koordinations-/Zentralisationsgrad des LVS daran zu messen, auf welcher Aggregatebene die Tarif(Kollektiv)verträge abgeschlossen werden. Dagegen wurde jedoch mit Recht eingewandt, daß für die Internalisierung von Lohnexternalitäten nicht der Grad an Zentralisation, sondern die gesamtwirtschaftliche Reichweite lohnpolitischer Koordinierungsaktivitäten ausschlaggebend ist.¹⁶ Diese Unterscheidung zwischen Zentralisation und Koordinierung ist deshalb von Bedeutung, weil es eine Reihe von Ländern (u.a. Japan, Deutschland, die Niederlande, Österreich) gibt, deren Lohnpolitik zwar gesamtwirtschaftlich koordiniert, jedoch nicht zentralisiert in dem Sinne ist, daß die Dachverbände der beiden Arbeitsmarktparteien intersektoral geltende Tarifverträge abschließen. Dieser Tatbestand hat auch wichtige Konsequenzen für das Meßniveau der hier relevanten Koordinierungsvariablen: daß es nämlich – im Gegensatz zur herkömmlichen Auffassung – nicht möglich ist, den Koordinierungsgrad

eines LVS auf einer ordinalen oder gar metrischen Skala zu messen.¹⁷ Denn wir verfügen a priori über kein zweifelsfreies Kriterium, anhand dessen wir entscheiden könnten, ob ein vergleichsweise dezentralisiertes, aber gesamtwirtschaftlich koordiniertes LVS (wie z. B. in Österreich) einen höheren bzw. geringeren Grad an effektiver makroökonomischer Koordinierung aufweist als Systeme, deren Koordinierung (wie z.B. in Schweden bis Anfang der neunziger Jahre) auf hierarchischer Zentralisation beruht. Ein denkbarer Ausweg aus diesem Dilemma besteht grundsätzlich darin, den Koordinierungsgrad der nationalen LVS direkt an deren makroökonomischer Effektivität zu messen. Diese Vorgangsweise erlaubt zwar die Messung des Koordinierungsgrades auf metrischem Niveau; sie mündet aber unvermeidlich in einer Tautologie, wenn – wie für die hier interessierende Fragestellung – der Koordinierungsgrad als Prädiktor für makroökonomische Effektivität verwendet werden soll. Aus all dem folgt, daß der Koordinierungsgrad von LVS nur nominal (d.h. anhand der Differenzierung zwischen Koordinierung und Nichtkoordinierung) gemessen werden kann.

Im Vergleich zu diesem mißlichen Präzisionsmangel bei der Messung des Koordinierungsgrades liegt die Attraktivität des Zentralisationskonzepts darin, daß sich graduelle Unterschiede im Zentralisationsgrad der LVS tatsächlich unabhängig von dessen Effektivität beobachten lassen. Diese Attraktivität für eine ihrem Anspruch nach parametrische Analyse erklärt wohl die weitverbreitete Verwendung dieses Konzepts in der Debatte. Dies gilt selbst für Arbeiten, denen die Einsicht in die Existenz dezentral-nicht-hierarchischer Koordinierung nicht verschlossen geblieben ist, dieser Einsicht aber nicht analytisch, sondern nur terminologisch Rechnung tragen. Der Begriff Zentralisation wird dann einfach durch Koordination ersetzt, aber in der Analyse weiterhin als parametrisches Phänomen verstanden und gemessen.¹⁸

Attraktiv ist das Zentralisationskonzept aber auch deshalb, weil es den (fälschlichen) Eindruck erweckt, die Formulierung und die Implementierung der Internalisierung von Lohnexternalitäten könnten auf ein und derselben Skala gemessen werden. Gewiß sind zentralisierte LVS zur Formulierung makroökonomischer Lohnkonzepte prädestiniert; und die ihnen immanente Hierarchisierung der Willensbildung sollte auch in der Lage sein, die verbandsinternen Kooperationsprobleme zu lösen, d.h. die Konformität der Verbandsmitglieder gegenüber den Lohnabschlüssen sicherzustellen. Im Einklang damit würde sowohl die Fähigkeit zur Formulierung als auch zur Umsetzung einer koordinierten Lohnpolitik mit dem Zentralisationsgrad zunehmen. Diese Annahme verkennt aber die spezifische Problemlage (freiwilliger) Interessenverbände. Weder Gewerkschaften noch Arbeitgeberverbände sind imstande, die lohnpolitische Konformität ihrer Mitglieder einfach durch Anweisung zu sichern. Im Gegensatz dazu wird von der Verbände-soziologie darauf hingewiesen, daß mit wachsender Zentralisation der Verbände- und Verhandlungsstrukturen die Verpflichtungsfähigkeit der Tarifverbände, d.h. deren Aussicht, die Zustimmung der Mitglieder zu den Tarifabschlüssen zu finden, sinkt.¹⁹ Die Erklärung dafür ist, daß mit zunehmenden

der Zentralisation der Entscheidungsprozesse die Mitsprachechancen der Mitglieder und damit auch deren Bereitschaft sinkt, getroffene Entscheidungen zu akzeptieren. Diese These wird durch die empirische, ländervergleichende Analyse bestätigt. Kontrolliert man für die arbeitsrechtlich garantierte Verpflichtungsfähigkeit (Regierbarkeit, s.u.) des LVS, so zeigt sich ein statistisch signifikanter, *negativer* Zusammenhang zwischen dem Zentralisationsgrad und dem Ausmaß der Lohnkostendämpfung.²⁰

Dieser Befund offenbart ein grundlegendes Koordinierungsdilemma der Lohnpolitik: Je stärker sie in ihrer Zielsetzung makroökonomisch orientiert ist, desto ungewisser wird die Folgebereitschaft der Verbandsmitglieder. Umgekehrt ist deren Folgebereitschaft umso wahrscheinlicher, je stärker die Lohnpolitik an deren Eigen- und Partikularinteressen ausgerichtet ist, wodurch aber makroökonomische Ziele verfehlt werden. In konzeptioneller Hinsicht folgt aus diesem Dilemma, daß die Formulierung und die Implementierung koordinierter Lohnpolitik unterschiedliche Dimensionen des Koordinierungsprozesses darstellen, mit denen sich konkurrierende Anforderungen an die Verbands- und Verhandlungsstruktur der LVS verbinden. Dementsprechend sind diese beiden Dimensionen auch unabhängig voneinander zu messen. Da effektive Koordinierung die Lösung zweier, voneinander unabhängiger Probleme²¹ voraussetzt, ist auch der Kreis der relevanten Akteure tendenziell größer, als von herkömmlichen Analysen angenommen: Er umfaßt neben den Gewerkschaften auch die Arbeitgeberverbände und insbesondere den Staat.

In all diesen Konzeptualisierungsmängeln unterscheiden sich die Analysen zur Interaktion der Lohn- und Geldpolitik nicht von älteren Studien, die sich ausschließlich mit den Effekten der LVS beschäftigen. Da wissenschaftliche Untersuchungen in jedem Fall gezwungen sind, die Komplexität von Problemen auf analytisch bewältigbare Dimensionen zu reduzieren, stellt sich die Frage, inwieweit diese Konzeptualisierungsmängel die empirisch-praktische Erklärungskraft der einschlägigen Studien tatsächlich beeinträchtigen. Da so gut wie alle dieser Studien mit statistisch signifikanten Ergebnissen im Einklang mit ihren Hypothesen aufwarten können, scheinen diese Mängel für die Forschungspraxis vernachlässigbar. Dagegen steht aber die vergleichende Überprüfung dieser Hypothesen durch die OECD,²² die keinerlei signifikante Effekte der Institutionen des LVS findet. Diese Skepsis gegenüber dem *Mainstream* verstärkt sich, wenn man dessen Erklärungskraft im Hinblick auf jene ökonomische Variable überprüft, die der Einflußnahme des LVS am nachhaltigsten unterliegt: die nominelle Entwicklung der Lohn(stück)kosten. Es ist eine merkwürdige Eigentümlichkeit der meisten empirischen Studien, daß sie den Einfluß des LVS auf Inflation und Beschäftigung, nicht jedoch auf die Lohnkosten untersuchen. Repliziert man diese Studien in bezug auf ihre Erklärungskraft betreffend die Lohnkostenentwicklung, so sind die Ergebnisse insignifikant.²³ Dies gilt für auf das LVS beschränkte Analysen (wie z. B. von Calmfors und Driffill²⁴) ebenso wie für Analysen zu deren Interaktion mit der Geldpolitik.²⁵ Es bedarf keiner näheren Erläuterung, daß signifikante Befunde zum Einfluß des LVS

auf Inflation und Beschäftigung unschlüssig sind, wenn die betreffenden Studien daran scheitern, hypothesenkonforme, signifikante Lohnkosteneffekte darzustellen. Insofern spricht alles dafür, daß die oben dargelegten Konzeptualisierungsmängel die Erklärungskraft herkömmlicher Studien tatsächlich entscheidend beeinträchtigen.

3. (Re)Konzeptualisierung und Hypothesen

Die Mehrdimensionalität des lohnpolitischen Koordinierungsprozesses macht eine Revision herkömmlicher Interaktionsanalysen zur Lohn- und Geldpolitik sowohl hinsichtlich der Operationalisierung des LVS als auch der Hypothesen zu deren Effekten erforderlich. Dies geschieht im folgenden zum Zweck der empirisch-statistischen Analyse, wobei auf eine formale Ableitung der Hypothesen verzichtet wird. Dieser Rekonzeptualisierung liegen zwei Prämissen zugrunde:

- Für die Internalisierung von Lohnexternalitäten ist nicht der hierarchische Zentralisationsgrad, sondern die makroökonomische Koordinierung der Lohnpolitik entscheidend. Prinzipiell kann diese sowohl hierarchisch-zentralisiert als auch nichthierarchisch-dezentralisiert erfolgen.
- Auf welchem Mechanismus auch immer die Koordinierung beruht, hängt deren Effektivität in jedem Fall von der Lösung eines "horizontalen" und eines "vertikalen" Koordinierungsproblems ab: der Formulierung eines makroökonomischen lohnpolitischen Konzepts (das Bedacht auf Externalitäten nimmt und insofern alle Sektoren miteinschließt); und der Implementierung dieses Konzepts (dadurch, daß die nachgelagerten lohnpolitischen Entscheidungsinstanzen – inklusive der Betriebsparteien – im Einklang mit diesem Konzept handeln).

An der Bearbeitung dieser Koordinierungsprobleme können Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und der Staat in unterschiedlichen Konstellationen teilnehmen. Bezüglich dieser Konstellationen ist zwischen der Formulierung und der Implementierung zu differenzieren.²⁶

Für die Federführung bei der Formulierung makroökonomischer Lohnkonzepte kommen zunächst die Dachverbände der beiden Arbeitsmarktparteien in Frage. Für sie ergibt sich ein Anreiz dafür durch den Umstand, daß ihr organisatorischer Zuständigkeitsbereich so umfassend ist, daß sie die Folgewirkungen von Lohnabschlüssen kaum externalisieren können.²⁷ Zur Initiierung gesamtwirtschaftlicher Koordinierungsbemühungen reicht es durchaus aus, wenn nur *einer* der Dachverbände der beiden Arbeitsmarktparteien ein entsprechendes lohnpolitisches Konzept für den eigenen Binnenbereich formuliert (*intraverbandliche* Koordinierung). Es kann darüber hinaus aber auch ein entsprechendes Abkommen mit dem Gegenverband abgeschlossen werden (*interverbandliche* Koordinierung). Diese Konstellation entspricht der Zentralisation des LVS nach herkömmlicher Klassifikation. Ungeachtet des grundsätzlichen Anreizes für die Dachverbände zur makroökonomischen Orientierung, können der Einigung darauf intra- wie interverbandliche Interessen- und Machtkonstellationen entgegen-

stehen. Eine Einigung ist dann nur auf tripartistischem Wege möglich, wenn der Staat als weiterer Akteur den Verhandlungen beitrifft und (zusätzliche) Kooperationsanreize für die Einigung setzt (*staatlich flankierte* Koordinierung).

Als Interessenten an einer makroökonomischen Lohnpolitik können unter den Arbeitsmarktparteien nicht nur die Dachverbände, sondern auch die Verbände des exponierten Sektors aktiv werden, weil sie in offenen Volkswirtschaften stärker als andere Sektoren von negativen Lohnexternalitäten betroffen sind. Dieses Interesse reicht auch ohne intra- bzw. interverbandliche Einigung auf Dachverbandsebene zur Auslösung makroökonomischer Koordinierungsaktivitäten, wenn die Verbände des exponierten Sektors organisationspolitisch so durchsetzungsfähig sind, daß sich die anderen Lohnabschlüsse an den Abschlüssen dieses Sektors orientieren (*sektorale Lohnführerschaft*).

Abgesehen von diesen vier Formen freiwilliger lohnpolitischer Orientierung an makroökonomischen Kriterien ist auch deren Erzwingung durch den Staat (*autoritative* Koordinierung) sowie der völlige Verzicht auf eine solche Orientierung (*Nichtkoordinierung*) denkbar.

Auf der Grundlage dieser Klassifikation zur Formulierung makroökonomischer Lohnpolitik lassen sich deren Implementierungsprobleme spezifizieren. Es versteht sich von selbst, daß bei Nichtkoordinierung jegliche Implementierungsprobleme entfallen. Sie sind unter der Bedingung autoritativer Koordinierung vernachlässigbar, da der Staat kraft Hoheitsgewalt zur Formulierung von Lohnleitlinien wie zu deren Umsetzung befähigt ist.

Anders verhält es sich bei der freiwilligen Koordinierung. Wie oben dargestellt, wachsen die Implementierungsprobleme freiwilliger Koordinierung monoton mit dem Grad der Zentralisation der Lohnpolitik. Das bedeutet, daß sie im Fall sektoraler Lohnführerschaft infolge des ihr zugrundeliegenden, dezentralen Koordinierungsmodus vergleichsweise gering, hingegen in allen Fällen dachverbandlicher (d.h. intra-, interverbandlicher und staatlich flankierter) Koordinierung erheblich sein sollten.

Über welche Mittel zur Sicherstellung der Mitgliederkonformität verfügen Dachverbände, wenn der bloße Befehl dazu nicht ausreicht? Eine denkbare Alternative sind selektive Anreize. Werden durch den Verband für die Mitglieder attraktive Serviceleistungen erbracht, so stellt deren Entzug im Zusammenhang mit dem Verbandsausschluß wegen Nichtkonformität ein prinzipiell wirksames Sanktionsinstrument dar. Seine praktische Relevanz ist allerdings gering. Denn seine Wirksamkeit ist einerseits an die Glaubwürdigkeit der Ausschlußdrohung und andererseits an das Überwiegen des Nutzens der Serviceleistungen im Verhältnis zu den Vorteilen der Nichtkonformität gebunden. Vor allem die Glaubwürdigkeit ist problematisch, da Verbände aus naheliegenden Gründen davor zurückschrecken, ihre Mitglieder auszuschließen. Deshalb mangelt es den Dachverbänden strukturell an den Mitteln zur Umsetzung ihrer lohnpolitischen Ziele. Deren Umsetzung ist daher in hohem Maß von staatlicher Hilfestellung abhängig. Wesentlich ist diesbezüglich einerseits die gesetzliche Erzwingbarkeit der vereinbarten

(materiellen) Tarifvertragsnormen und andererseits die gesetzliche Friedenspflicht für deren Geltungsdauer.²⁸

Aus diesen Überlegungen läßt sich eine zweidimensionale Klassifikation des LVS mit vier bzw. zwei Ausprägungen in den beiden Dimensionen ableiten. Bezüglich der Formulierung einer makroökonomischen Lohnpolitik sind dies die dachverbandliche Koordinierung, die autoritative Koordinierung, die sektorale Lohnführerschaft und die Nichtkoordinierung.²⁹ In bezug auf die Implementierungsproblematik ist eine hohe Regierbarkeit des LVS (im Sinne einer hohen Umsetzbarkeit der Lohnpolitik) dann gegeben, wenn sowohl die Erzwingbarkeit als auch die Friedenspflicht der Tarifvereinbarungen gesetzlich normiert ist. Andernfalls ist die Regierbarkeit niedrig. Aus den oben ausgeführten Gründen ist die Regierbarkeit vor allem für die Implementierungsfähigkeit dachverbandlicher Koordinierung essentiell,³⁰ so daß für die hier relevante Fragestellung insgesamt fünf Kategorien von LVS zu unterscheiden sind (siehe auch Tabelle 2):

- dachverbandliche Koordinierung auf der Basis niedriger Regierbarkeit,
- dachverbandliche Koordinierung auf der Basis hoher Regierbarkeit,
- sektorale Lohnführerschaft,
- autoritative Koordinierung,
- Nichtkoordinierung.

Lohnmäßigung im Sinne der Internalisierung von Lohnexternalitäten steht einerseits in Abhängigkeit von der effektiven Koordinierung der Lohnpolitik, andererseits vom Wettbewerbsdruck auf den Güter- und Arbeitsmärkten. Auf beide Stellgrößen wirkt die Geldpolitik ein. Deren Effekte betreffen sowohl die Märkte als auch die Lohnpolitik. Je nach der geldpolitischen Weichenstellung werden die Lohnabschlüsse diszipliniert oder alimentiert. Die hier relevante Frage ist, ob und in welcher Weise dieser Wirkungszusammenhang durch die spezifischen Institutionen des LVS vermittelt und modifiziert wird.

Wie oben dargestellt, setzt effektive Koordinierung der Lohnpolitik die Formulierung eines makroökonomischen Lohnkonzepts sowie dessen Implementierung gegenüber den nachgeordneten, eigeninteressierten Akteuren, insbesondere den Betriebsparteien, voraus. Zur Lösung beider Probleme vermag eine stabilitätsorientierte Geldpolitik grundsätzlich beizutragen. Denn sie setzt einen Anreiz zur lohnpolitischen *Orientierung* an wirtschaftlichen Kreislaufzusammenhängen. Dieser Anreiz wächst allein mit der institutionalisierten Glaubwürdigkeit der Stabilitätsorientierung der Notenbank.³¹ Die lohnpolitischen Akteure generalisieren ihre makroökonomische Orientierung, weil sie unter dieser Bedingung die geldpolitische Sanktionierung "exzessiver" Lohnabschlüsse erwarten und antizipieren können. Hingegen verfehlt die institutionalisierte Glaubwürdigkeit der Notenbank das Problem der *Implementierung* koordinierter Lohnpolitik. Denn die Implementierung steht und fällt mit der Einbindung der Betriebsparteien. Deren innerbetriebliche Lohnrunden haben aber jeweils für sich genommen zu wenig makroökonomisches Gewicht, als daß sie durch die institutionalisierte Glaubwürdigkeit der Notenbank beeindruckt werden könnten. Deshalb

reicht die Glaubwürdigkeit zur Entschärfung des Implementierungsproblems nicht aus, sondern es bedarf entsprechender geldpolitischer Maßnahmen.

Die konkrete Interaktion von LVS und Geldpolitik hängt daher davon ab, inwiefern das LVS von sich aus (d.h. kraft seiner institutionellen Ausstattung) zur Formulierung und Implementierung einer makroökonomischen Lohnpolitik befähigt ist und inwieweit die Geldpolitik darauf ausgerichtet ist, etwaige Defizite des LVS in der Befähigung zur Internalisierung seiner Externalitäten zu kompensieren. Für die fünf Kategorien von LVS lassen sich diesbezüglich die folgenden Hypothesen formulieren:

1.) Die erwartbare Interaktion zwischen *nichtkoordinierten* LVS und Geldpolitik ist außerordentlich gering, weil unter diesen Umständen kein lohnpolitischer Akteur existiert, der ökonomisch so bedeutend wäre, daß er als Adressat gezielter geldpolitischer Maßnahmen in Frage käme. Umgekehrt gilt aus demselben Grund, daß kein solcher Akteur sich strategisch gegenüber den geldpolitischen Signalen der Notenbank zu verhalten vermag. Unabhängig von der Geldpolitik wird in der Literatur generell davon ausgegangen, daß unkoordinierten (dezentralisierten) LVS ein sehr hoher Grad an Befähigung zur Lohnmäßigung zu eigen ist, weil die lohnpolitischen Kartellierungseffekte stärker koordinierter/zentralisierter Systeme entfallen.³² Dagegen ist zunächst einzuwenden, daß Nichtkoordinierung bzw. Dezentralisierung nicht notwendig eine geringere Kartellierung bedeuten. Denn auch solche Systeme können einen relativ hohen Grad an gewerkschaftlicher Organisation und tarifvertraglicher Deckung aufweisen. Dieser Umstand ist deshalb relevant, weil der gewerkschaftliche Organisationsgrad sowie die tarifvertragliche Deckungsrate die Kartellierung der Lohnbildung bestimmen. Aus empirischer Sicht ist festzuhalten, daß weder der gewerkschaftliche Organisationsgrad noch die tarifliche Deckungsrate je für sich einen langfristigen, signifikanten Einfluß auf die Lohnbildung³³ nehmen, so daß der Kartelleffekt hier vernachlässigt werden kann. Offenkundig ist die Intensität des Wettbewerbs auch in jenen Märkten, die einen geringen lohnpolitischen Kartellierungsgrad aufweisen, zu gering, um dadurch signifikant niedrigere Lohnabschlüsse als alle anderen Arrangements erzwingen zu können. Dementsprechend ist die Externalisierung der Lohnabschlüsse auch im Rahmen unkoordinierter/dezentralisierter LVS infolge hinreichender Preissetzungsmacht der Unternehmen möglich. Insofern ist von einer mittleren Befähigung solcher Systeme zur Lohnmäßigung auszugehen: Sie ist geringer im Vergleich zu effektiv koordinierten Systemen und höher als ineffektiv koordinierte LVS.

2.) *Dachverbandlich* koordinierte LVS, die sich auf *hohe* Regierbarkeit stützen können, verfügen über alle institutionellen Voraussetzungen zur Internalisierung von Externalitäten. Die Federführung der Dachverbände in der Lohnpolitik sichert infolge deren gesamtwirtschaftlicher Organisationszuständigkeit die makroökonomische Orientierung, die hohe Regierbarkeit deren Implementierung. Da die Institutionen des LVS ein hohes Maß an Internalisierungsfähigkeit garantieren, sind in diesem Fall nur geringe Interaktionseffekte mit der Geldpolitik zu erwarten.

3.) Die *Lohnführerschaft* des exponierten Sektors (in der Regel die Metallindustrie) weist grundsätzlich günstige Voraussetzungen zur Internalisierung von Externalitäten auf. Die hohe weltwirtschaftliche Exponiertheit des Leitsektors setzt einen Anreiz zur makroökonomischen Orientierung. Der dezentrale Koordinierungsmechanismus entschärft gleichzeitig die Implementierungsprobleme. Dieses LVS steht daher in der Effektivität seiner Koordinierung der auf hoher Regierbarkeit aufbauenden, dachverbandlichen Koordinierung in nichts nach. Allerdings ist auch eine alternative (zeitlich instabile) Variante denkbar, in der der traditionelle Leitsektor aufgrund seines hohen Produktivitätswachstums eine "Lokomotivfunktion" für die übrigen Sektoren derart erfüllt, daß deren Gewerkschaften die Lohnabschlüsse des Leitsektors soweit wie möglich zu übernehmen suchen.³⁴ Auch dadurch ergibt sich ein Koordinierungseffekt, aber ohne daß es zur Internalisierung der Externalitäten kommt. Denn aus dem Umstand, daß die Lohnbildung insgesamt sich an einem überdurchschnittlich produktiven Sektor orientiert, resultieren inflationistische Tendenzen. Über längere Zeitspannen ist diese Variante der Lohnführerschaft nur bei Vollbeschäftigung (z. B. USA bis Mitte der siebziger Jahre) aufrechtzuerhalten. Im Zusammenhang mit widrigeren Arbeitsmarktbedingungen ist sie nur fakultativ, unter günstigen konjunkturellen Vorzeichen möglich, wenn nämlich der exponierte Leitsektor von einer weltwirtschaftlichen Aufschwungphase stärker bzw. früher als die meisten anderen Sektoren profitiert. Der Effekt sektoraler Koordinierung ist deshalb kontingent. Welcher der beiden Effekte zum Tragen kommt, hängt auch von der Geldpolitik ab. Im Maß ihrer Stabilitätsorientierung wächst die Wahrscheinlichkeit der Internalisierung von Externalitäten. Da das eigentliche Koordinierungsproblem dieses LVS nicht in der Implementierung, sondern in der Formulierung eines makroökonomischen Lohnkonzepts³⁵ liegt, ist davon auszugehen, daß die institutionalisierte Glaubwürdigkeit der Notenbank langfristig wesentlicher ist als die konkreten diskretionären Maßnahmen der Geldpolitik. Insgesamt sollte dieses LVS einen vergleichsweise starken Interaktionseffekt mit der Geldpolitik aufweisen.

4.) Unter allen hier betrachteten Kategorien kennzeichnet die *dachverbandliche* Koordinierung bei *niedriger* Regierbarkeit die ungünstigsten institutionellen Voraussetzungen zur Lohnmäßigung,³⁶ denn die Koordinierungsversuche der Dachverbände werden durch massive Implementierungsprobleme konterkariert. Es fehlt den Dachverbänden an den Mitteln, ihre Lohnleitlinien nach "unten" durchzusetzen. Tendenziell verschärft die Vorgabe von Lohnleitlinien die Konkurrenz um Lohnzuwächse, vor allem in Form von Lohnstrukturkonflikten, da die Leitlinien von den nachgeordneten lohnpolitischen Entscheidungsebenen nicht als Obergrenze, sondern als Untergrenze für die eigenen Abschlüsse interpretiert werden. Infolgedessen sollte die Interaktion dieses LVS mit der Geldpolitik sehr ausgeprägt sein. Denn bedingt durch die defiziente Regierbarkeit liegt es primär an einer restriktiven Geldpolitik, den dachverbandlichen Lohnleitlinien Geltung zu verschaffen. Im Fall einer konzessiven Geldpolitik, die dann dazu angehalten ist, die diesem LVS

immanenten Lohn(struktur)konflikte monetär so zu flankieren, daß sich deren realwirtschaftliche Kosten in Grenzen halten, besteht umgekehrt der Interaktionseffekt in einem geringen Anreiz zur Lohnzurückhaltung.

5.) Die *autoritative* Koordinierung unterscheidet sich von den anderen Kategorien der LVS dadurch, daß sie die autonome Lohnbildung durch die Arbeitsmarktparteien suspendiert. Deshalb sind ihre Effekte schwerer als in den anderen Fällen zu prognostizieren. Es ist davon auszugehen, daß sie infolge ihres Zwangscharakters weniger leistungsfähig als effektive freiwillige Koordinierung und leistungsfähiger als deren ineffektive Variante ist. Ähnlich dem unkoordinierten LVS sollte sie daher ein mittleres Leistungsprofil aufweisen. Eine systematische Interaktion mit der Geldpolitik ist nicht anzunehmen. Denn prinzipiell kann autoritative Lohnkoordinierung eine Alternative zu einer restriktiven Geldpolitik sein, wenn die institutionellen oder ökonomischen Voraussetzungen für einen solchen geldpolitischen Kurs fehlen. Die erheblichen Legitimationsprobleme, die die autoritative Lohnregelung für die staatlichen Entscheidungsträger mit sich bringt, können aber auch eine restriktive Geldpolitik als "marktlogisches" Komplement zur autoritativen Intervention sinnvoll erscheinen lassen.

Tabelle 1 faßt die hier formulierten Hypothesen zur institutionellen Fähigkeit der alternativen LVS zur Internalisierung von Externalitäten und deren Interaktion mit der Geldpolitik zusammen.

Tabelle 1: Alternative Lohnverhandlungssysteme: Leistungsprofil und Interaktion mit der Geldpolitik

Lohnverhandlungssysteme	Institutionelle Befähigung zur Internalisierung von Externalitäten	Lohnpolitische Interaktion mit der Geldpolitik
Dachverbandliche Koordinierung mit hoher Regierbarkeit	Hoch	Gering
Dachverbandliche Koordinierung mit niedriger Regierbarkeit	Niedrig	Hoch
Sektorale Lohnführerschaft	Kontingent (hoch für das stabile Grundmuster; sonst niedrig)	Hoch
Autoritative Koordinierung	Mittel	Gering
Nichtkoordinierung	Mittel	Gering

4. Daten und empirische Befunde

Die Daten zu den LVS entstammen dem ILC-Projekt, in dem eine umfassende, quantifizierte Bestandsaufnahme der Arbeitsbeziehungen in zwanzig OECD-Ländern über die Periode 1970-97 erfolgte.³⁷ Tabelle 2 gibt einen Überblick der Klassifizierung der Länder nach dem LVS mittels aggregierter

Periodenwerte. Die Lohnpolitik messen wir anhand der jährlichen Veränderungsrate der nominellen Lohnstückkosten (LSK).³⁸ Eine expansive Lohnpolitik ist gegeben, wenn diese Wachstumsraten im Ländervergleich überdurchschnittlich hoch sind. Umgekehrt wird Lohnmäßigung durch überdurchschnittlich niedrige bis negative Wachstumsraten angezeigt. Im Unterschied zu den meisten anderen Studien messen wir die Geldpolitik nicht mittels eines Indikators der institutionalisierten Autonomie der Notenbank, sondern anhand der jährlichen Veränderungsrate der Geldmenge M1 (GM). Der Grund dafür ist unsere systematische Berücksichtigung der Implementierungsprobleme koordinierter Lohnpolitik, die im Falle dachverbandlicher Koordinierung in Verbindung mit niedriger Regierbarkeit nicht durch die Glaubwürdigkeit der Notenbank, sondern nur durch die Steuerungseffekte der Geldpolitik selbst entschärft werden können. Hohe Werte von GM deuten auf eine expansive, niedrige Werte auf eine restriktive Geldpolitik.³⁹

Wir unterstellen, daß Effekte mit einem Jahr Zeitverzögerung eintreten, da bei Lohnabschluß nur die ökonomischen Daten zu vergangenen Jahren, nicht aber die zukünftigen zur Verfügung stehen. Die Jahreswerte der LVS sind so definiert, daß sie das in einem bestimmten Jahr vorherrschende Regime bezeichnen. Oft, wenn auch keineswegs immer, wurde dies durch einen Lohnabschluß im vorangegangenen Jahr festgelegt (im Fall längerfristiger Lohnabkommen auch früher). Das heißt, in den Daten zu den LVS ist die Zeitverzögerung des Effekts schon enthalten. Hingegen gehen die ökonomischen Kontrollvariablen mit einem Jahr Zeitverzögerung in das Modell ein.

4.1 Nominelle Effekte: Die Determination der Lohnpolitik

Um den Effekt der Interaktion zwischen den LVS und der Geldpolitik auf die Lohnpolitik zu untersuchen, beginnen wir mit einem rein ökonomischen Modell, das uns als Bezugspunkt der Analyse dient. Es ist so spezifiziert, daß die Veränderungsrate der nominellen Lohnstückkosten abhängt von ihren Vorjahreswerten (autoregressive Komponente) sowie den Vorjahreswerten der jährlichen Veränderung der Arbeitslosenrate⁴⁰ und der Veränderungsrate der Geldmenge.⁴¹ Wir erwarten ein positives Vorzeichen der Geldmengenveränderung, weil eine expansive Geldpolitik höhere Lohnzuwächse zuläßt. Bei der Veränderung der Arbeitslosenrate erwarten wir ein negatives Vorzeichen, weil mit steigender Arbeitslosigkeit der Lohndruck sinken muß. Wir gehen von einem konstanten Zusammenhang in Zeit und Raum aus, so daß jeweils ein Koeffizient geschätzt werden kann. Länder- und Periodeneffekte werden durch Verwendung einer *two-way-fixed-effects*-Spezifikation bereinigt.⁴² Die t-Werte werden mittels der *panel-corrected standard errors* berechnet, die die verbleibende Heteroskedastizität und die kontemporäre Korrelation in den Residuen erfassen.⁴³ Der höchste Korrelationskoeffizient zwischen den erklärenden Variablen ist 0,21, und Multikollinearitätstests zeigen an, daß der Varianz-Inflationsfaktor (VIF) der einzelnen Variablen den Wert 2 kaum übersteigt und somit ausreichend Variation vorhanden ist, um das Modell stabil zu schätzen.

Tabelle 2: Lohnverhandlungssysteme in 20 OECD-Ländern, 1970-96

	1970-73	1974-76	1977-79	1980-82	1983-85	1986-90	1991-93	1994-96
Deutschland	DH	DH	SL	SL	SL	SL	SL	SL
Frankreich	AK	AK	AK	AK	AK	AK	AK	AK
Italien	DN	DN	DN	DN	DN	DN	DN	DN
Niederlande	DH	AK	DH	AK	DH	DH	DH	DH
Belgien	DN	DN	DN	AK	AK	DN	DN	AK
Großbritannien	KK	DN	DN	KK	KK	KK	KK	KK
Irland	DN	DN	DN	DN	DN	DN	DN	DN
Dänemark	DH	AK	AK	SL	DH	DH	DH	DH
Spanien	–	–	DN	DN	DN	DN	DN	DN
Portugal	–	AK	AK	AK	DN	DN	DN	DN
USA	SL	KK	KK	KK	KK	KK	KK	KK
Kanada	KK	AK	AK	KK	KK	KK	KK	KK
Japan	SL	SL	SL	SL	SL	SL	SL	SL
Australien	AK	AK	AK	AK	DH	DH	DH	DH
Norwegen	DH	DH	AK	AK	DH	DH	DH	DH
Neuseeland	AK	AK	AK	DH	DH	DH	KK	KK
Schweden	DH	DH	DH	DH	DH	DH	DH	KK
Finnland	DH	DH	DH	DH	DH	DH	DH	KK
Schweiz	DH	DH	DH	DH	DH	DH	DH	DH
Österreich	DH	DH	DH	DH	SL	SL	SL	SL

Anmerkungen:

LVS: Lohnverhandlungssysteme

DN = Dachverbandliche Koordinierung mit niedriger Regierbarkeit

DH: Dachverbandliche Koordinierung mit hoher Regierbarkeit

SL = sektorale Lohnführerschaft

AK = autoritative Koordinierung

KK = keine Koordinierung

– = keine Klassifikation vor der Demokratisierung

Die Werte sind jeweils der Modus der Periode.

Ausgehend von diesem ökonomischen Modell werden die uns interessierenden Effekte sukzessive eingeführt. Zunächst wird der Einfluß der LVS unabhängig von der Geldpolitik analysiert. Anschließend werden Interaktionseffekte zwischen den LVS und der Geldpolitik einbezogen. Schließlich wird die Stabilität der Koeffizienten im Zeitverlauf untersucht.

Modell 1 der Tabelle 3 präsentiert die ökonomische Spezifikation mit Länder- und Periodeneffekten. Ein Ansteigen der Arbeitslosenrate um einen Prozentpunkt reduziert unmittelbar die Wachstumsrate der Lohnstückkosten um knapp einen Prozentpunkt. Langfristig erzeugt ein einmaliger Anstieg der Arbeitslosenrate um einen Prozentpunkt einen Gesamteffekt auf die Lohnstückkostenentwicklung von ca. -1,9 Prozentpunkten. Der Effekt der Geldpolitik auf die Lohnpolitik ist in diesem Modell vernachlässigbar. In Modell 2 sind die Ländereffekte weggelassen, da in den anschließenden institutionellen Modellen die zwischenstaatliche Variation durch die LVS aufgegriffen werden soll.⁴⁴

Modell 3 führt den Effekt der Lohnverhandlungssysteme auf die Lohnpolitik unter Kontrolle der ökonomischen Effekte ein, indem die fünf LVS als Dummy-Variablen (mit dem nicht-freiwilligen Modus der autoritativen Koordinierung als Referenzkategorie) inkludiert werden. Es zeigt einen hochsignifikanten Gesamteinfluß, der vor allem von dem durchschnittlich deutlich stärkeren Wachstum der Lohnstückkosten der dachverbandlichen Koordinierung mit niedriger Regierbarkeit getragen wird.

In Modell 4 wird im nächsten Schritt eine Interaktion zwischen den LVS und der Geldpolitik angenommen. Die Hypothese ist, daß der Effekt der Geldpolitik abhängig ist vom LVS. Operational heißt dies, daß für jedes LVS ein eigener Koeffizient der Geldpolitik geschätzt werden muß.⁴⁵ Das Modell weist signifikante Effekte der Geldpolitik im Fall der dachverbandlichen Koordinierung mit niedriger Regierbarkeit und im Fall der Lohnführerschaft aus: Eine expansive Geldpolitik führt im Folgejahr zu höherem Wachstum der Lohnstückkosten. In den anderen drei Modi ist hingegen kein Effekt zu sehen. Insgesamt verfehlt der Einfluß des Interaktionseffekts im Vergleich zu Modell 1 in dieser Tabelle das 10%-Signifikanzniveau nur knapp. Im Hinblick auf den Effekt der LVS auf die Lohnstückkosten weist in diesem Modell Lohnführerschaft im Vergleich zu den anderen LVS das niedrigste Wachstum auf.

Schließlich haben wir die Annahme eines einheitlichen Koeffizienten im Zeitverlauf gelockert. Es ist wenig sinnvoll, für jedes Jahr ein eigenes Modell zu schätzen. Daher wird die Untersuchungsperiode in Subperioden geteilt, die sich grob anhand von globalen Neuorientierungen geldpolitischer Regime begründen lassen: Periode I, 1970-79 (bzw. 1971-1980 für die abhängige Variable), schließt mit der monetaristischen Wende ausgehend von den USA und Großbritannien. Periode II, 1980-85 (1981-86), ist eine Übergangsphase, in der verschiedene Länder nach und nach dem Vorbild dieser beiden Länder folgten. Sie wird durch den nächsten relevanten Schnitt, die Entscheidung zur Vertiefung der EWG mit der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 abgeschlossen. Aus geldpolitischer Sicht ist schließlich die in Maastricht beschlossene WWU ein dritter Einschnitt, der 1992 wirksam zu

Tabelle 3: Lohnstückkosten: Ökonomisches und institutionelles Modell

	1 LSK _t	2 LSK _t	3 LSK _t	4 LSK _t
LSK _{t-1}	0,48*** (0,06)	0,66*** (0,06)	0,61*** (0,05)	0,60*** (0,05)
AL _{t-1}	-0,98*** (0,18)	-0,92*** (0,19)	-1,00*** (0,17)	-0,94*** (0,18)
GM _{t-1}	0,14 (0,13)	0,26* (0,14)	0,19 (0,13)	—
LVS:				
DN	—	—	0,92** (0,44)	-0,05 (0,75)
DH	—	—	-0,63* (0,36)	-0,62 (0,54)
SL	—	—	-0,69 (0,54)	-1,84** (0,83)
KK	—	—	-0,38 (0,43)	-0,79 (0,71)
GM _{t-1} (DN)	—	—	—	0,92* (0,48)
GM _{t-1} (DH)	—	—	—	0,04 (0,14)
GM _{t-1} (SL)	—	—	—	1,32** (0,61)
GM _{t-1} (AK)	—	—	—	0,06 (0,48)
GM _{t-1} (KK)	—	—	—	0,45 (0,53)
F-Test (LVS)	—	—	4,54***	—
F-Test(GM _{t-1} (LVS))	—	—	—	1,90(*)
korr. R ²	0,76	0,73	0,75	0,75
NxT	537	537	527	527
Periodeneffekte	+	+	+	+
Ländereffekte	+	—	—	—

Anmerkungen: siehe Tabelle 1

Panelanalyse, Methode der kleinsten Quadrate mit panel-korrigierten Standardfehlern in Klammern

*** = $\alpha \leq 0,01$; ** $\alpha \leq 0,05$; * $\alpha \leq 0,10$; (*) $\alpha \leq 0,15$; ns = nicht signifikant (bei F-Tests)

LSK: Veränderungsrate der nominellen Lohnstückkosten

AL: Veränderung der Arbeitslosenrate

GM: Veränderungsrate der Geldmenge M1 (dividiert durch 10 zwecks Darstellung)

LVS: Lohnverhandlungssysteme; DN = Dachverbandliche Koordinierung mit niedriger

Regierbarkeit, DH: Dachverbandliche Koordinierung mit hoher Regierbarkeit, SL = sektorale Lohnführerschaft, AK = autoritative Koordinierung, KK = keine Koordinierung
Referenzkategorie (Modelle 3 und 4): AK

GM_{t-1} (LVS): Koeffizient der Veränderung der Geldmenge $M1$ für spezifisches LVS

F-Test (LVS): gemeinsamer Test auf statistische Relevanz der fünf LVS

F-Test (GM_{t-1} (LVS)): gemeinsamer Test auf statistische Relevanz der Steigungskoeffizienten der Veränderung der Geldmenge der fünf LVS

$N \times T$: Zahl der Beobachtungspunkte; die ausgewiesene Zahl ist um fehlende Werte bereinigt.

Ländereffekte: Die Daten sind als Abweichungen der Ländermittelwerte definiert (20 OECD-Länder)

Periodeneffekte: Die Daten sind als Abweichung der Periodenmittelwerte definiert (28 Perioden, 1971-1997 für die abhängige Variable und 1970-1996 für die unabhängigen Variablen)

werden begann. Dies ergibt für Periode III den Zeitraum 1986-91 (1987-92) und für Periode IV den Zeitraum 1992-96 (1993-97). Wir kombinieren die vier periodenspezifischen Modelle in einem Modell und berechnen die Koeffizienten wie in den vorigen Modellen mit der Methode der kleinsten Quadrate und den panel-korrigierten Standardfehlern. Gemeinsame Periodeneffekte werden unterstellt.

Tabelle 4 präsentiert das Ergebnis dieser Vorgangsweise. Die Referenzkategorie für die Achsabschnitte ist wiederum die autoritative Koordinierung. Wir wollen hier aber auf die Interaktionseffekte zwischen den LVS und der Geldpolitik fokussieren. Im Gegensatz zu Modell 4 in Tabelle 3, in die sowohl der Längs- als auch der Querschnittvergleich eingeht, beziehen sich die Koeffizienten in Tabelle 4 nur auf die jeweilige Subperiode und lassen den längerfristigen Längsschnittvergleich unberücksichtigt. Die am deutlichsten signifikanten Effekte lassen sich in zeitlicher Hinsicht für die Periode I und in institutioneller Hinsicht für die beiden Varianten dachverbandlicher Koordinierung sowie Lohnführerschaft beobachten.

Bemerkenswert ist erstens, daß sich der Erklärungsbeitrag des im vorigen Modell hervorstechenden Modus der Lohnführerschaft in diesem Modell insgesamt als nicht signifikant erweist, obwohl er in den Perioden I und III sehr starke und signifikante Effekte aufweist. Statistisch liegt dies an den relativ großen Standardfehlern, die die relativ große Heterogenität dieses LVS im Ländervergleich dokumentieren. Inhaltlich läßt sich dieser Befund zum einen mit der Differenzierung zwischen stabilen und nicht-stabilen Ausprägungen des Modus (Periode II) und der deutschen Wiedervereinigung erklären, die in Periode IV starken Einfluß auf den Durchschnittswert dieser Kategorie hat. Überdies spielt in dieser Periode die Annäherung der Veränderungsrate der Lohnstückkosten aller Länder eine große Rolle.

Zweitens zeigt sich auch bei dachverbandlicher Koordinierung mit hoher Regierbarkeit in den siebziger Jahren eine deutliche Responsivität der Lohnpolitik auf die Geldpolitik, die aber ab den achtziger Jahren schneller als bei Lohnführerschaft und bei dachverbandlicher Koordinierung mit niedriger Regierbarkeit verschwindet.

Tabelle 4: Lohnstückkosten: Institutionelles Modell mit zeitabhängigen Koeffizienten

	LSK _t 1971–80	LSK _t 1981–86	LSK _t 1987–92	LSK _t 1993–97	F-Test
LSK _{t-1}	0,51*** (0,07)	0,57*** (0,10)	0,73*** (0,12)	0,36 (0,19)	
AL _{t-1}	-1,41*** (0,44)	-1,26*** (0,34)	-1,18*** (0,45)	-0,43*** (0,28)	
LVS:					
DN	-1,56 (1,28)	0,32 (1,97)	0,29 (1,10)	2,00* (1,09)	
DH	-3,41*** (0,91)	-0,60 (1,38)	0,22 (0,85)	0,51 (0,96)	
SL	-4,43*** (1,71)	-1,52 (1,50)	-1,11 (1,30)	0,84 (2,11)	
KK	-2,52** (1,28)	-1,01 (1,36)	0,18 (1,24)	0,22 (1,27)	
GM _{t-1} (DN)	2,22*** (0,61)	2,00 (1,45)	0,00 (1,04)	-1,56(*) (1,04)	4,15***
GM _{t-1} (DH)	1,97*** (0,44)	0,35 (0,67)	-0,08 (0,15)	-0,60 (0,66)	4,40***
GM _{t-1} (SL)	2,53*** (1,13)	1,59 (1,16)	1,70** (0,86)	-1,36 (2,12)	0,81 ^{ns}
GM _{t-1} (AK)	0,19 (0,72)	0,23 (0,99)	-0,20 (1,23)	0,16 (1,42)	0,01 ^{ns}
GM _{t-1} (KK)	2,04** (0,93)	0,18 (0,72)	0,36 (1,05)	-0,24 (1,49)	0,71 ^{ns}
F-Test	1,92(*)	0,59 ^{ns}	0,52 ^{ns}	0,34 ^{ns}	0,84 ^{ns}
korr. R ²	0,76				
NxT	527				
Periodeneffekte	+				
Ländereffekte	-				

Anmerkungen: siehe Tabellen 1 und 2

SUR-Modell mit periodenspezifischen Koeffizienten, Methode der kleinsten Quadrate, panel-korrigierte Standardfehler; Referenzkategorie der LVS: AK

Der F-Test in der fünften Spalte überprüft die Annahme, daß der Geldmengenkoeffizient eines LVS für alle Perioden gleich ist. Der F-Test in Spalte 1-4 der letzten Zeile überprüft die Annahme, daß der Geldmengenkoeffizient einer Periode für alle LVS gleich ist. Der F-Test in Spalte 5 der letzten Zeile überprüft die Hypothese, daß die periodenspezifischen Geldmengenkoeffizienten der vier Perioden gemeinsam für alle LVS gleich sind.

Drittens ist anzumerken, daß sich der Effekt der Geldpolitik in vier von den fünf LVS umdreht, so daß die Koeffizienten in den neunziger Jahren darauf hinweisen, daß mit zunehmend expansiver Geldpolitik das Wachstum der Lohnstückkosten abnimmt. Dieser Effekt ist zwar nur im Fall dachverbandlicher Koordinierung mit niedriger Regierbarkeit signifikant. Dennoch widerspricht er den Erwartungen. Erklären läßt sich dieser Befund unseres Erachtens nur mit der starken Konvergenz der Geld- und Lohnpolitik aller Länder in dieser Periode, die eine zuverlässige Schätzung unmöglich macht. Das heißt, die Politik der Lohnzurückhaltung hat sich in den neunziger Jahren stärker durchgesetzt, als in unserem Modell darstellbar ist. Zurückzuführen ist dies auf die Entwicklung in Europa. Die allseitigen Bemühungen zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien fanden u.a. ihren Niederschlag in einem nicht unerheblichen Ausmaß an voluntaristischer (d.h. institutionell nicht erklärbarer) Lohnmäßigung. Den signifikanten Zusammenhang zwischen expansiver Geldpolitik und Lohnmäßigung im Fall dachverbandlicher Koordinierung und geringer Regierbarkeit macht dabei der Umstand verständlich, daß diese Kategorie von LVS Irland, Italien, Spanien und Portugal umfaßt, denen mehrheitlich die Erfüllung der Beitrittskriterien nur auf der Grundlage eines besonderen nationalen "Kraftaktes" möglich war. Den Dachverbänden dieser Länder gelang es in den neunziger Jahren insofern, ihre Defizite an Regierbarkeit durch "moralische Überzeugung" zu kompensieren.

Insgesamt deuten diese Analysen darauf hin, daß die Daten unsere Hypothesen im Hinblick auf den Einfluß der Geldpolitik auf die Lohnpolitik unterschiedlicher LVS stützen: Wir finden, gemittelt über die gesamte Untersuchungsperiode, einen beachtlichen Effekt im Fall dachverbandlicher Koordinierung mit niedriger Regierbarkeit sowie im Fall sektoraler Lohnführerschaft, aber keinen Effekt im Fall der anderen drei LVS. Die Unterteilung in verschiedene Perioden zeigt, daß der Interaktionseffekt zwischen Geld- und Lohnpolitik in den siebziger Jahren am stärksten war und nur für die sektorale Lohnführerschaft Ende der achtziger Jahre nochmals deutlich wird.

Zusammen ergeben Modell 4 aus Tabelle 3 sowie Tabelle 4 ein differenziertes Bild des Zusammenspiels von LVS und Geldpolitik bei der Bestimmung der Lohnpolitik. In den siebziger Jahren ist der Effekt deutlich vorhanden, während er in den neunziger Jahren aufgrund der durch die europäische Integration induzierten Angleichung der Geld- und Lohnpolitik nicht mehr nachweisbar ist.

4.2 Reale Effekte: Der Einfluß auf die Arbeitslosigkeit

Unterzieht man die realen Lohnstückkosten – definiert als Differenz zwischen der Veränderungsrate der nominellen Lohnstückkosten und der Inflationsrate – derselben Analyse, so ergeben sich zum einen kaum signifikante Zusammenhänge und zum anderen keine substantiellen Unterschiede zum nominellen Modell. Dies liegt daran, daß die nominellen Lohnstückkosten-

steigerungen sich unmittelbar in Preiserhöhungen auswirken und dadurch die Variation zwischen den Ländern und im Zeitverlauf zu gering wird, um auf der Aggregatebene noch erfaßbar zu sein.⁴⁶ Als die – auch politisch – interessantere Dimension realwirtschaftlicher Effekte betrachten wir daher den Einfluß der Interaktion von LVS und Geldpolitik auf die jährliche Veränderung der Arbeitslosenrate.

Wie oben beginnen wir mit einem rein ökonomischen Referenzmodell: Unterstellt wird ein autoregressiver Prozeß, der vom realen Wirtschaftswachstum des Vorjahres (RGDP), dem Niveau der Arbeitslosigkeit im Vorjahr (NAL) und der Geldpolitik im Vorjahr (GM) beeinflusst wird (Modell 1 in Tabelle 5). Wir erwarten ein negatives Vorzeichen des Koeffizienten des Wirtschaftswachstums, weil höheres Wachstum mit steigender Beschäftigung einhergeht, und ein negatives Vorzeichen der Höhe der Arbeitslosigkeit, weil bei hoher Arbeitslosigkeit die arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen zu deren Absenkung tendenziell zunehmen. Weiters erwarten wir ein negatives Vorzeichen der Geldpolitik, weil eine expansive Geldpolitik die Arbeitslosenrate senken sollte. Wir finden eine mittelgroße autoregressive Komponente, einen deutlich bremsenden Effekt des Wirtschaftswachstums und der Höhe der Arbeitslosigkeit, aber keinen Effekt der Geldpolitik. Modell 2 ist identisch bis auf die Exklusion der Ländereffekte. Die einzige Differenz im Ergebnis ist, daß der Koeffizient der Höhe der Arbeitslosenrate auffallend kleiner wird. Dies weist darauf hin, daß dieser Zusammenhang nur im Längsschnitt ausgeprägt ist, aber bei Fokussierung auf Länderunterschiede verschwindet.

Modell 3 in Tabelle 5 präsentiert das Modell unter Inklusion der LVS. Zusammen sind die LVS hochsignifikant, und das Modell zeigt ein durchschnittlich relativ geringeres Wachstum der Arbeitslosenraten in dachverbandlich koordinierten Systemen mit hoher Regierbarkeit, in nicht-koordinierten Systemen sowie – wenn auch nicht signifikant – in Systemen mit Lohnführerschaft. Modell 4 untersucht den Interaktionszusammenhang zwischen den LVS und der Geldpolitik. Der Effekt der Geldpolitik erreicht in vier der LVS ein ausreichend niedriges Signifikanzniveau, und auch der Gesamteffekt ist hochsignifikant. Eine expansive Geldpolitik senkt nach diesen Ergebnissen die Arbeitslosenrate in allen Fällen außer der dachverbandlichen Koordinierung mit hoher Regierbarkeit. In diesem Modus ist der Zusammenhang positiv. In Systemen mit Lohnführerschaft reagiert die Arbeitslosenrate jedoch nicht auf die Geldpolitik. Bemerkenswert ist schließlich in diesem Modell, daß nicht mehr die nicht-koordinierten, sondern die dachverbandlich koordinierten Systeme mit hoher Regierbarkeit, gefolgt von Systemen mit Lohnführerschaft, durchschnittlich das niedrigste Wachstum der Arbeitslosigkeit aufweisen.

Tabelle 6 zeigt die Detailliergebenisse für die Subperioden. Sie dokumentieren, daß in den siebziger Jahren effektive Systeme freiwilliger Koordinierung (dachverbandliche Koordinierung mit hoher Regierbarkeit, Lohnführerschaft) eine deutlich günstigere Beschäftigungsentwicklung als die anderen LVS verzeichneten. Dieser Vorteil verflüchtigt sich allerdings in den

Tabelle 5: Arbeitslosenrate: Ökonomisches und institutionelles Modell

	1	2	3	4
	ΔAL_t	ΔAL_t	ΔAL_t	ΔAL_t
AL_{t-1}	0,43*** (0,06)	0,42*** (0,06)	0,42*** (0,06)	0,41*** (0,06)
NAL_{t-1}	-0,11*** (0,02)	-0,02* (0,01)	-0,04** (0,02)	-0,05*** (0,02)
$RGDP_{t-1}$	-0,09*** (0,02)	-0,08*** (0,02)	-0,08*** (0,02)	-0,07*** (0,02)
GM_{t-1}	0,02 (0,04)	0,04 (0,03)	0,04 (0,03)	—
LVS:				
DN	—	—	0,14 (0,11)	0,09 (0,16)
DH	—	—	-0,17* (0,10)	-0,64*** (0,14)
SL	—	—	-0,13 (0,09)	-0,40*** (0,15)
KK	—	—	-0,22* (0,13)	-0,25 (0,20)
$GM_{t-1}(DN)$	—	—	—	-0,20** (0,10)
$GM_{t-1}(DH)$	—	—	—	0,14*** (0,04)
$GM_{t-1}(SL)$	—	—	—	-0,06 (0,10)
$GM_{t-1}(AK)$	—	—	—	-0,33*** (0,10)
$GM_{t-1}(KK)$	—	—	—	-0,30** (0,13)
F-Test (LVS)	—	—	3,75***	—
F-Test(GM_{t-1} (LVS))	—	—	—	9,06***
korr. R^2	0,54	0,51	0,51	0,54
NxT	537	537	527	527
Periodeneffekte	+	+	+	+
Ländereffekte	+	—	—	—

Anmerkungen: siehe Tabellen 1-3

NAL: Niveau der Arbeitslosenrate

Tabelle 6: Arbeitslosenrate: Institutionelles Modell mit zeitabhängigen Koeffizienten

	AL_t 1971–80	AL_t 1981–86	AL_t 1987–92	AL_t 1993–97	F-Test
AL_{t-1}	0,31** (0,12)	0,30** (0,11)	0,24* (0,13)	0,44*** (0,13)	
NAL_{t-1}	-0,04 (0,03)	-0,01 (0,03)	-0,03*** (0,03)	-0,06*** (0,03)	
$RGDP_{t-1}$	-0,06*** (0,02)	-0,04 (0,05)	-0,08** (0,04)	-0,08 (0,06)	
LVS:					
DN	-0,22 (0,30)	0,36 (0,37)	0,01 (0,29)	0,39 (0,26)	
DH	-0,81*** (0,22)	-0,53* (0,32)	-0,02 (0,31)	-0,29 (0,24)	
SL	-0,94*** (0,28)	-0,07 (0,31)	0,08 (0,32)	-0,36 (0,36)	
KK	-0,35 (0,41)	0,05 (0,42)	0,26 (0,41)	-0,36 (0,33)	
$GM_{t-1}(DN)$	-0,10 (0,15)	0,25 (0,26)	-0,19 (0,18)	-0,36 (0,26)	0,33 ^{ns}
$GM_{t-1}(DH)$	0,06 (0,12)	-0,12 (0,13)	0,17*** (0,04)	-0,18* (0,13)	2,27*
$GM_{t-1}(SL)$	0,16 (0,16)	-0,56** (0,26)	-0,17 (0,19)	0,15 (0,33)	1,17 ^{ns}
$GM_{t-1}(AK)$	-0,37*** (0,14)	-0,54*** (0,20)	-0,09 (0,47)	0,12 (0,30)	0,88 ^{ns}
$GM_{t-1}(KK)$	-0,29 (0,33)	-0,51** (0,25)	-0,44** (0,21)	-0,34 (0,28)	0,16 ^{ns}
F-Test	1,88(*)	0,86 ^{ns}	3,08**	0,53 ^{ns}	1,59*
korr. R^2	0,56				
NxT	527				
Periodeneffekte	+				
Ländereffekte	-				

Anmerkungen: siehe Tabellen 1-4

Der F-Test in der fünften Spalte überprüft die Annahme, daß der Geldmengenkoeffizient eines LVS für alle Perioden gleich ist. Der F-Test in Spalte 1-4 der letzten Zeile überprüft die Annahme, daß der Geldmengenkoeffizient einer Periode für alle LVS gleich ist. Der F-Test in Spalte 5 der letzten Zeile überprüft die Hypothese, daß die periodenspezifischen Geldmengenkoeffizienten der vier Perioden gemeinsam für alle LVS gleich sind.

Die Überprüfung des Modells auf Autokorrelation in den Residuen ergab eine geringe Restkorrelation. Die Hinzunahme einer um zwei Jahre zeitversetzten abhängigen Variablen entfernt diese Restkorrelation, ändert aber die Koeffizienten- und Standardfehler-schätzungen der anderen erklärenden Variablen nicht nennenswert. Aus diesem Grund präsentieren wir hier nur das Modell mit einer zeitversetzten abhängigen Variablen.

nachfolgenden Perioden, wobei die günstigere Entwicklung dachverbandlicher Koordinierung unter hoher Regierbarkeit noch bis in die Mitte der achtziger Jahre sichtbar bleibt. In bezug auf die Interaktion mit der Geldpolitik ist der beschäftigungsfördernde Einfluß einer expansiven Geldpolitik während der siebziger und achtziger Jahre deutlich ausgeprägt in nicht-kordinierten LVS und bis in die frühen achtziger Jahre auch in autoritativ koordinierten Systemen. Geldpolitische Weichenstellungen wirken in Ländern dieses LVS direkter als im Fall der anderen LVS auf den Arbeitsmarkt. Denn dieser Effekt ist nicht signifikant und im Zeitverlauf instabil in dachverbandlich koordinierten Systemen sowie bei sektoraler Lohnführerschaft.

Diese Ergebnisse bestätigen unsere bisherigen Analysen einerseits zu den Effekten der LVS,⁴⁷ andererseits zu deren lohnpolitischer Interaktion mit der Geldpolitik,⁴⁸ die jeweils auf Basis anderer Zeitspannen und stärker aggregierter Periodisierung erfolgten. Da die diesem Aufsatz zugrundeliegenden jährlichen Daten allerdings mehr Instabilität aufweisen als jene der Periodenaggregate, die kurzfristige Veränderungen in den einzelnen LVS ausblenden und daher weniger Wechsel zwischen LVS aufweisen, sind die Effekte bei Verwendung der Periodenaggregate deutlicher ausgeprägt. Die Analyse auf der Basis der jährlichen Daten ist ein besonders rigoroser Test auf die Effektivität der Lohnführerschaft, die in den auf Periodenaggregaten aufbauenden Modellen primär in Form der zeitlich stabilen (d.h. effektiven) Variante Eingang fand. Die Befunde zu den auf den Jahresdaten beruhenden Analysen stehen im Einklang mit unserer Hypothese von der Dominanz der effektiven Variante der Lohnführerschaft (Deutschland, Japan, Österreich). Insgesamt unterstreichen die übereinstimmenden Befunde dieser unterschiedlichen Modellspezifikationen die Zuverlässigkeit der hier präsentierten Ergebnisse. Hervorzuheben ist, daß sie im Unterschied zu den übrigen einschlägigen Studien hypothesenkonforme Effekte der Lohnkostenentwicklung darstellen.

5. Schlußfolgerungen

Den Ausgangspunkt unserer Analyse bildete die Frage, inwieweit die Interaktion alternativer LVS mit der Geldpolitik unterscheidbare nominelle und reale Effekte zeitigt. Unsere Ergebnisse lassen den Schluß zu, daß es solche Effekte gibt. Dies bedeutet, daß sich die LVS in ihrer Responsivität gegenüber geldpolitischen Signalen signifikant unterscheiden (Tabelle 1). Mit diesen Unterschieden in der Responsivität der Lohnpolitik verbinden sich unterschiedliche realwirtschaftliche Effekte. Zusammenfassend läßt sich für die nominellen und realen Effekte der einzelnen LVS folgendes festhalten:

In nicht-kordinierten Systemen hat die Geldpolitik keinen direkten Einfluß auf die Lohnpolitik und wirkt sich deutlich aus auf die Arbeitslosigkeit: je restriktiver die Geldpolitik, desto stärker steigen die Arbeitslosenraten. Die erwartbaren Markteffekte bei Nichtkoordinierung der Lohnverhandlungen treten somit deutlich zutage, und der Arbeitsmarkt übernimmt die Disziplinierung der Lohnpolitik.

Unter dachverbandlicher Koordinierung mit niedriger Regierbarkeit wirkt eine restriktive Geldpolitik zwar bremsend auf den Lohnauftrieb, zugleich aber führt dies zu steigender Arbeitslosigkeit. Die Erklärung dafür ist, daß die Implementierung der Koordinierungsziele infolge mangelnder Regierbarkeit unvollständig bleibt und ähnlich wie im Falle unkoordinierter LVS letztlich über zunehmende Arbeitslosigkeit durchgesetzt werden muß.

Bei dachverbandlicher Koordinierung mit hoher Regierbarkeit reagiert die Lohnpolitik nicht auf die Geldpolitik. Dieser Befund läßt sich mit der Fähigkeit zur gesamtwirtschaftlichen Koordination solcher Systeme erklären: Die Lohnpolitik wird an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung angepaßt, bevor es notwendig wird, Lohnzurückhaltung über eine restriktive Geldpolitik zu erzwingen. Im Gegenteil, nach dem Modell neigt die Arbeitslosigkeit eher dazu zu steigen, wenn die Geldpolitik expansiver wird. Aus unserer Sicht ist dieser Zusammenhang ein statistisches Artefakt, das durch den starken Einfluß der Krisenperiode Ende der achtziger bzw. zu Beginn der neunziger Jahre in einigen dieser Länder (z.B. Schweden, Finnland) hervorgerufen wird.

Im Fall sektoraler Koordinierung finden wir einen deutlichen Effekt der Geldpolitik auf die Lohnpolitik, aber keinen negativen Effekt auf die Beschäftigung. Dies liegt an der Fähigkeit des exponierten Leitsektors, die negativen Folgeeffekte einer geldpolitischen Disziplinierung zu antizipieren und die daraus folgende Lohnpolitik zur Richtschnur für den gesamtwirtschaftlichen Lohnbildungsprozeß zu machen.

Schließlich reagiert die Lohnpolitik unter autoritativer Koordination nicht auf die Geldpolitik, sehr wohl aber die Arbeitslosenrate. Obwohl dieser Befund analog zu nicht-koordinierten Systemen ausfällt, ist es nicht möglich, hier auf die Wirkkraft des Marktes zu verweisen. Dazu ist die Kontingenz dieses LVS zu groß. Zum einen ist autoritative Koordinierung oft Folge einer wirtschaftlichen Krise, die eventuell durch das Scheitern freiwilliger Koordinationsformen ausgelöst wurde. Zum anderen kann sich die autoritative Festlegung von Lohnsätzen in Rigidität äußern. In beiden Fällen ist die empirisch festgestellte steigende Arbeitslosigkeit bei restriktiver Geldpolitik zu erwarten.

Insgesamt zeigen sich – in Gegensatz zu konventionellen Annahmen⁴⁹ – die Unterschiede in den nominellen und realen Interaktionseffekten der Geldpolitik mit dem LVS nicht einfach entlang der Differenzierung zwischen koordinierten und unkoordinierten Systemen. Dies gilt selbst dann, wenn man die autoritative Koordinierung beiseite läßt und die Betrachtung auf die freiwillige Koordinierung beschränkt. Auch für diesen Fall zeigt sich, daß die Leistungsfähigkeit koordinierter LVS entscheidend von den jeweiligen institutionellen Rahmenbedingungen abhängig ist. Die Koordinierung der Lohnpolitik zeitigt nämlich nur dann wirtschaftliche Vorteile, wenn günstige Rahmenbedingungen (hohe Regierbarkeit bzw. ein dezentraler Koordinierungsmechanismus) vorliegen, die es den Tarifparteien erlauben, die Implementierungsprobleme ihrer Koordinierungsbemühungen zu bewältigen.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich aus diesen Befunden für die Lohnpolitik in der WWU? Es ist kaum anzunehmen, daß sich die institutio-

nellen Konfigurationen der nationalen LVS in der WWU grundlegend ändern.⁵⁰ Denn die langfristige Analyse über drei Jahrzehnte zeigt, daß LVS (wie auch die meisten anderen Institutionen der Arbeitsbeziehungen) außerordentlich stabil sind und im Regelfall nur mit ihren Grundcharakteristika vereinbare (pfadabhängige) Anpassungsprozesse zulassen.⁵¹ Damit ist auch keine wesentliche Änderung in der institutionell vorgezeichneten Internalisierungsfähigkeit von Externalitäten zu erwarten.

Nicht auszuschließen ist jedoch, daß sich durch die WWU die Bereitschaft bzw. das Interesse der lohnpolitischen Akteure zur Internalisierung der Lohnexternalitäten verändert.

Eine solche Veränderung wird für Deutschland vermutet.⁵² Da dessen Tarifparteien in Zukunft nicht mehr der direkten Kontrolle durch die Notenbank unterliegen (wenn sich die EZB an einem gesamteuropäischen Inflationsziel orientiert), entfällt der Anreiz zur Lohnmäßigung. Für die Erörterung dieser Frage ist allerdings zusätzlich zu berücksichtigen, daß die einheitliche Geldpolitik unterschiedliche Auswirkungen auf die einzelnen Länder hat. In dieser Hinsicht deuten empirische Studien auf überdurchschnittliche Effekte geldpolitischer Maßnahmen für Deutschland hin.⁵³ Besonders Interesse im Hinblick auf die Lohnbildung verdienen dabei jene länderspezifischen Effekte, die sich aus der Differenz der Produktivitätsentwicklung zwischen dem Sektor der handelbaren Güter und der nicht-handelbaren Güter ergeben. Je größer diese Differenz in einem Land ist, desto größer sind die lohninduzierten Inflationsrisiken, die aus den lohnpolitischen Nachziehprozessen im weniger produktiven Sektor der nicht-handelbaren Güter gegenüber dem Sektor der handelbaren Güter resultieren. Diese Risiken sind umso ausgeprägter, je geringer der Entwicklungsstand eines Landes, und je höher dementsprechend die Produktivitätszuwächse bei der Erzeugung der handelbaren Güter sind. Nach einer neueren Untersuchung ist Deutschland innerhalb der WWU das Land mit der geringsten Differenz zwischen dem Produktivitätswachstum der beiden Sektoren. Davon ausgehend wird erwartet, daß die gesamteuropäische Inflationsrate etwa einen Prozentpunkt über dem deutschen Vergleichswert liegen wird.⁵⁴ Dies impliziert, daß das derzeitige Inflationsziel der EZB von 2% de facto für Deutschland ein Inflationsziel von 1% bedeutet, so daß es unter dem früheren Ziel der Bundesbank (von 1,5%) liegt. All das macht einen lohnpolitischen Kurswechsel in der Bundesrepublik unwahrscheinlich.

Ein solcher Kurswechsel ist ungleich wahrscheinlicher in jenen Ländern der WWU, in denen dachverbandliche Koordinierung mit niedriger Regierbarkeit (Irland, Italien, Portugal, Spanien) einhergeht. Begünstigt wird eine solche Entwicklung einerseits durch die sich abzeichnende Entspannung am Arbeitsmarkt und andererseits auch dadurch, daß nach dem Beitritt zur WWU der besondere Anreiz zur Lohnmäßigung als Beitrittsvoraussetzung entfällt. Besondere Schwierigkeiten sind für Irland, Italien und Spanien zu erwarten, da sie (neben Finnland) innerhalb der WWU zusätzlich auch die größte Differenz zwischen dem Produktivitätswachstum bei handelbaren und nicht-handelbaren Gütern aufweisen.⁵⁵ Auch in der WWU

liegt dabei das eigentliche Anreizproblem, das zu diesen Schwierigkeiten der Lohnmäßigung führt, nicht in der Bereitschaft der Dachverbände zur makroökonomischen Orientierung, sondern in deren Implementierung.

Unter diesen Umständen scheint eine effektive transnationale Koordinierung der Lohnpolitik innerhalb der WWU schwierig, auch wenn die oben dargestellten Ergebnisse der ländervergleichenden Analyse eine solche Konstellation für wünschenswert scheinen lassen. Unrealistisch ist gewiß die Etablierung einer zentralisiert-hierarchischen Koordinierung durch die Dachverbände auf europäischer Ebene. Sie als einzig denkbare Lösung des Koordinierungsproblems zu betrachten, hieße allerdings, entgegen den oben dargelegten Einwänden Koordinierung mit Zentralisierung gleichzusetzen. Im Gegensatz dazu ist effektive Koordinierung auch in einem dezentralisierten Verhandlungskontext auf der Grundlage sektoraler Lohnführerschaft möglich. Für die Situation der WWU bedeutet dies, daß über einen analog dezentralen Mechanismus eine hinreichend große Zahl von Ländern in den transnationalen Koordinierungsprozeß wirksam eingebunden werden muß, so daß deren ökonomisches Gewicht die Erreichung des europäischen Inflationsziels auch ohne lohnpolitische Kooperation der übrigen Länder sicherstellt.⁵⁶ Das LVS der Bundesrepublik verfügt über die institutionellen Voraussetzungen ebenso wie über das ökonomische Gewicht, in einem solchen Mechanismus die Lohnführerschaft zu übernehmen. Zusammen mit Finnland, den Niederlanden und Österreich, die in der WWU ebenfalls über ein effektiv koordiniertes LVS verfügen (Tabelle 1), könnte dies jene kritische Masse bilden, die als Grundlage für die Koordinierung der Lohn- mit der Geldpolitik auf transnationaler Ebene erforderlich ist.

Anmerkungen

¹ Z.B. Rogoff (1985).

² Z.B. Hall (1994).

³ Zur Institutionenvielfalt in Europa und den daraus resultierenden Implikationen für eine europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik siehe Huemer, Mesch, Traxler (1999).

⁴ Einen Überblick über die Debatte bietet Franzese (2000a).

⁵ Zu einem Überblick über die Debatte siehe Mesch (1993); Moene, Wallerstein (1993).

⁶ Calmfors, Driffill (1988).

⁷ Z.B. Gylfason, Lindbeck (1994); Soskice, Iversen (1998).

⁸ Traxler, Blaschke, Kittel (2001).

⁹ Cukierman, Lippi (1999).

¹⁰ Traxler (1998).

¹¹ Im Fall der Arbeitgeberverbände sind auch die individuellen Mitglieder kollektive Akteure (Unternehmen).

¹² Olson (1965).

¹³ Traxler, Blaschke, Kittel (2001).

¹⁴ Ebendort.

¹⁵ Zu einem alternativen Ansatz zur Untersuchung der Interaktion zwischen LVS und Geldpolitik siehe auch ebd.

¹⁶ Soskice (1990).

¹⁷ Traxler, Kittel (2000b).

¹⁸ Dies führt zu der skurrilen Konstellation, daß Länder wie Deutschland in ein- und der-

selben Studie als Fälle mittlerer und hoher Koordinierung behandelt werden; siehe z.B. Franzese (2000b) 34.

¹⁹ Weitbrecht (1969).

²⁰ Traxler (2000).

²¹ Der gelungene verbandliche Zusammenschluß der Arbeitnehmer bzw. Arbeitgeber als Vorbedingung koordinierter Lohnpolitik wird dabei vorausgesetzt. Bedenkt man, daß auch die Verbandsbildung selbst Kooperationsprobleme eigeninteressierter Akteure aufwirft, stellen sich im Zusammenhang mit der Koordinierung der Lohnbildung genau genommen drei, je spezifische Kooperationsprobleme; vgl. (Traxler, Kittel 2000b).

²² OECD (1997).

²³ Zu diesen Replikationen siehe die übereinstimmenden Ergebnisse für unterschiedliche Zeitreihen in Traxler, Blaschke, Kittel (2001); Traxler, Kittel (2000a).

²⁴ Calmfors, Driffill (1988).

²⁵ Z.B. Iversen (1999).

²⁶ Siehe dazu Traxler, Blaschke, Kittel (2001).

²⁷ Olson (1982).

²⁸ Traxler, Kittel (2000a); Traxler, Blaschke, Kittel (2001).

²⁹ Die intra-, interverbandliche und die staatlich flankierte Koordinierung lassen sich hier als dachverbandliche Koordinierung subsumieren, weil in jedem der drei Kategorien die intersektorale Organisationszuständigkeit der Dachverbände für eine makroökonomische Ausrichtung sorgen sollte. Im Einklang damit zeigt die empirische Analyse, daß sich diese drei Kategorien in der Effektivität ihrer Koordinierung kaum unterscheiden (Traxler u.a. 2001).

³⁰ Siehe dazu die empirischen Befunde in Traxler, Blaschke, Kittel (2001).

³¹ Hall (1994), Weinert (1999).

³² Calmfors, Driffill (1988).

³³ Traxler, Kittel (2000a); Traxler, Blaschke, Kittel (2001).

³⁴ Traxler, Blaschke, Kittel (2001).

³⁵ Die besondere Schwierigkeit eines solchen Konzepts liegt für den Leitsektor darin, daß ihm Lohnabschlüsse abverlangt werden, die sein Produktivitätswachstum nicht gänzlich ausschöpfen.

³⁶ Zur empirischen Evidenz siehe Traxler, Blaschke, Kittel (2001).

³⁷ Für eine detaillierte Darstellung der Datengrundlage des Indikators siehe Traxler, Blaschke, Kittel (2001).

³⁸ Die Variable ist definiert als *compensation of employees, total economy, over volume GDP*, die Daten entstammen OECD (1999).

³⁹ In der Literatur wird die Glaubwürdigkeit der restriktiven Zentralbankpolitik zumeist an Indizes ihrer Unabhängigkeit gemessen; siehe Cukierman (1992). Das Problem dieses Ansatzes ist, daß auch und gerade eine abhängige Zentralbank eine restriktive Geldpolitik betreiben kann, wenn dies die Strategie der Regierung ist. Wir haben uns daher entschieden, die Restriktivität der Geldpolitik direkt an Hand der Geldmengenveränderung zu messen. Aus ökonomischer Perspektive könnte argumentiert werden, daß die Geldmengenveränderung nichts aussage über die Politik der Zentralbank, sondern lediglich die Inflationsrate festlegt unter Berücksichtigung des Wirtschaftswachstums. Statistisch läßt sich dieser Zusammenhang jedoch nicht beobachten: Pearsons Korrelationskoeffizient der Rohdaten der Geldmengenveränderung mit der Inflationsrate des Jahres t und des Jahres $t+1$ beträgt 0,19 bzw. 0,20, und mit dem Wirtschaftswachstum sind diese Koeffizienten 0,01 bzw. 0,14. Korrigiert man die Daten um Länder- und Periodeneffekte, so sinken diese Koeffizienten noch. Wir können daher davon ausgehen, daß die Politik der Zentralbanken nicht rein die wirtschaftlichen Entwicklungen nachvollzieht, sondern Freiheitsgrade für Interaktionseffekte mit der Lohnpolitik vorhanden sind. Die Daten entstammen IMF (1997). Für Schweden ließ sich die Veränderungsrate der Geldmenge M1 für die neunziger Jahre nicht erheben, und sie wurde durch M0 ersetzt.

⁴⁰ Die Variable ist definiert als Differenz zwischen der Arbeitslosenrate eines Jahres und der Rate des Vorjahres. Die Verwendung der prozentuellen Veränderungsraten der Ar-

beitslosigkeit verbietet sich aufgrund der niedrigen Arbeitslosenraten in der Schweiz, die zu extrem hohen Veränderungsraten (bis zu über 1000%) führen und die Ergebnisse verzerren würden. Die Daten entstammen OECD (1999).

⁴¹ Wir haben überdies Modelle untersucht, die analog zu den bei Traxler, Blaschke und Kittel (2001) 270 verwendeten Modellen das reale Wirtschaftswachstum und den Grad der Weltmarktexponiertheit enthalten. Während die Inklusion der Weltmarktexponiertheit keine Auswirkungen auf die hier betrachteten Zusammenhänge hat, werden die Interaktionseffekte schwächer, wenn man das Wirtschaftswachstums hinzufügt.

⁴² Siehe z.B. Baltagi (1995) 27-28.

⁴³ Siehe Beck und Katz (1995). Zum Problem des durch die Inklusion einer zeitversetzten abhängigen Variablen entstehenden *bias* in den Koeffizienten zeigt Achen (2000), daß die autoregressive Komponente den Effekt der erklärenden Variablen vor allem bei Vorliegen starker Trends "dominiert". Die Inklusion von Periodeneffekten entfernt den allgemeinen Trend aus dem Modell, so daß das Problem in unseren Modellen gemildert wird. Tests mit Modellen ohne zeitversetzte abhängige Variablen zeigten, daß der *bias* die substantiellen Ergebnisse nicht ändert. Wir haben außerdem Modelle getestet, in denen die zeitversetzten Lohnstückkosten durch die Inflationsrate ersetzt wurde. Diese führten trotz geringfügiger Abweichungen im Detail zu keinen substantiell unterschiedlichen Schlußfolgerungen.

⁴⁴ Die Ländereffekte werden durch die LVS nicht gänzlich erklärt, da erstere in den institutionellen Modellen weiterhin einen signifikanten Beitrag leisten. Um eine inhaltlich sinnvolle Schätzung des Effekts der LVS zu erhalten, muß die Variation zwischen den Ländern aber diesen Variablen zugeordnet werden, so daß die Ländereffekte aus theoretischen Gründen nicht enthalten sein dürfen. Dies kann jedoch die Koeffizienten der Kontrollvariablen sowie der Geldpolitik verzerren. Wir haben daher auch institutionelle Modelle getestet, in denen Ländereffekte enthalten sind. Diese deuten darauf hin, daß die Verzerrung im inhaltlich interessierenden Fall der Geldpolitik zumeist marginal ist und die substantiellen Schlüsse nicht ändert.

⁴⁵ In diesen Modellen übersteigen einzelne VIF, vor allem der Dummies, den Wert 4 teilweise deutlich, was auf mittelschwere Multikollinearitätsprobleme deutet. Dies ist jedoch Folge der Schätzung relativ vieler Koeffizienten auf Basis einer trotz über 500 Beobachtungspunkten immer noch relativ geringen Zahl von Fällen, vor allem für seltener auftretende Faktorenkonstellationen.

⁴⁶ Pearsons Korrelationskoeffizient der Rohdaten der Veränderungsrate der Lohnstückkosten und des Konsumpreisindexes beträgt 0,86; wenn die Daten um Länder- und Periodeneffekte bereinigt werden, beträgt er immer noch 0,71.

⁴⁷ Traxler, Kittel (2000).

⁴⁸ Traxler, Blaschke, Kittel (2001).

⁴⁹ Zusammenfassend Franzese (2000b).

⁵⁰ Am ehesten sind Änderungen im Ausmaß und der Art materieller Staatsintervention zu erwarten.

⁵¹ Traxler, Blaschke, Kittel (2001).

⁵² Soskice, Iversen (1998). Eine Implikation dieses Arguments ist, daß sich für die anderen Länder durch die WWU die geldpolitischen Randbedingungen nicht grundlegend ändern, da die Bundesbank schon seit längerer Zeit als einzige "reale" Notenbank in Europa fungierte.

⁵³ Baumgartner, Url (1999).

⁵⁴ Sinn, Reutter (2000).

⁵⁵ Ebendort.

⁵⁶ Traxler (1999).

Literatur

Achen, C., Why Lagged Dependent Variables Can Suppress the Explanatory Power of Other Independent Variables (=Paper präsentiert anlässlich des Jahrestreffens der Sektion Political Methodology der American Political Science Association, 20.-22.7.2000).

- Baltagi, B. H., *Econometric Analysis of Panel Data* (New York 1995).
- Beck, N.; Katz, J., What to do (and not to do) with Time-Series Cross-Section Data, in: *American Political Science Review* 89 (1995) 634-647.
- Calmfors, L.; Driffill, J., Bargaining Structure, Corporatism and Macroeconomic Performance, in: *Economic Policy* 6 (1988) 13-61.
- Cukierman, A., *Central Bank Strategy, Credibility, and Independence. Theory and Evidence* (Cambridge 1992).
- Cukierman, A.; Lippi, F., Central Bank Independence, Centralization of Wage Bargaining, Inflation and Unemployment – Theory and Some Evidence, in: *European Economic Review* 43 (1999) 1395-1434.
- Franzese, R., Discussion Paper on "Labor Standards and Aggregate Economic Performance" and on "Bargaining Structure, Wage Policy and Monetary Policy", Conference on Globalization and Democracy (University of Minnesota, Minneapolis, 26.-27.Mai 2000a).
- Franzese, R., Credibly Conservative Monetary Policy and Wage/Price-Bargaining Organization: A Review with Implications for Monetary Policy in the European Common Currency Area (=Beitrag zu: Workshop 'Wage Bargaining within EMU', Wien, 9.Oktober 2000b).
- Gylfason, T.; Lindbeck, A., The Interaction of Monetary Policy and Wages, in: *Public Choice* 79 (1994) 33-46.
- Hall, P.A., Central Bank Independence and Coordinated Wage Bargaining. Their Interaction in Germany and Europe, in: *German Politics and Society* 31 (1994) 1-23.
- Huemer, G.; Mesch, M.; Traxler, F. (Hrsg.), *The Role of Employer Associations and Labour Unions in the EMU. Institutional Requirements for European Economic Policies* (Aldershot 1999).
- IMF, *International Financial Statistics Yearbook* (Washington D.C. 1997).
- Iversen, T., *Contested Economic Institutions: The Politics of Macroeconomics and Wage Bargaining in Advanced Democracies* (Cambridge 1999).
- Mesch, M., Zentralisierung der Lohnsetzung, Reallöhne und Beschäftigung, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 19 (1993) 451-459.
- Moene, K.O.; Wallerstein, M., The Economic Performance of Different Bargaining Institutions: A Survey of the Theoretical Literature, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 19 (1993) 423-450.
- OECD, *Economic Performance and the Structure of Collective Bargaining*, in: OECD, *Employment Outlook* (Paris 1997).
- OECD, *Economic Outlook* (Paris 1999).
- Olson, M., *The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups* (Cambridge, London 1965).
- Olson, M., *The Rise and Decline of Nations* (New Haven, London 1982).
- Rogoff, K., The Optimal Degree of Commitment to an Intermediate Monetary Target, in: *Quarterly Journal of Economics* 100 (1985) 1169-1190.
- Soskice, D., Wage Determination: The Changing Role of Institutions in Advanced Industrialized Countries, in: *Oxford Review of Economic Policy* 6 (1990) 36-61.
- Soskice, D.; Iversen, T., Multiple Wage-Bargaining Systems in the Single European Currency Area, in: *Oxford Review of Economic Policy* 14 (1998) 110-124.
- Traxler, F., Der Staat in den Arbeitsbeziehungen. Entwicklungstendenzen und ökonomische Effekte im internationalen Vergleich, in: *Politische Vierteljahresschrift* 39 (1998) 235-260.
- Traxler, F., Wage-Setting Institutions and European Monetary Union, in: Huemer, Mesch, Traxler (1999).
- Traxler, F., The Metamorphoses of Corporatism. From Classical to Lean Patterns (=Beitrag zu: 12th Annual Meeting on Socio-Economics, London School of Economics, London, 7.-10.Juli 2000).
- Traxler, F.; Kittel, B., Lohnverhandlungssysteme und wirtschaftliche Leistungseffekte im internationalen Vergleich. Teil 1: Der Stand der Debatte auf dem Prüfstand, in: *Wirtschaftspolitische Blätter* 47 (2000a) 589-597.

- Traxler, F.; Kittel, B., The Bargaining System and Performance: A Comparison of 18 OECD Countries, in: *Comparative Political Studies* 33 (2000b) 1154-1190.
- Traxler, F.; Kittel, B., Lohnverhandlungssysteme und wirtschaftliche Leistungseffekte im internationalen Vergleich. Teil 2: Die Rekonzeptualisierung des Problems und die Effekte lohnpolitischer Koordinierung, in: *Wirtschaftspolitische Blätter* 48 (2001) 98-106.
- Traxler, F.; Blaschke, S.; Kittel, B., *National Labour Relations in Internationalized Markets. A Comparative Study of Institutions, Change and Performance* (Oxford 2001).
- Weitbrecht, H.-J., *Effektivität und Legitimität der Tarifautonomie* (Berlin 1969).
- Weinert, R., Ideologie, Autonomie und institutionelle Aura. Zur politischen Soziologie von Zentralbanken, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 51 (1999) 339-363.

Zusammenfassung

Durch den Vertrag von Maastricht wurde die Asymmetrie zwischen supranationalen und nationalen Entscheidungszentren insofern vertieft, als der Geldpolitik (EZB) eine außerordentlich einflußreiche Rolle zugewiesen wurde. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit die Interaktion institutionell verschiedener nationaler Lohnverhandlungssysteme mit der Geldpolitik unterscheidbare nominelle und reale Effekte zeigt. Die Ergebnisse der Studie lassen den Schluß zu, daß sich die Lohnverhandlungssysteme in ihrer Responsivität gegenüber geldpolitischen Signalen signifikant unterscheiden. Mit diesen Unterschieden in der Responsivität der Lohnpolitik verbinden sich unterschiedliche realwirtschaftliche Effekte.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich aus diesen Befunden für die Lohnpolitik in der WWU? Eine effektive transnationale Koordinierung der Lohnpolitik innerhalb der WWU ist zwar schwierig, scheint aber in einem dezentralisierten Verhandlungskontext auf der Grundlage sektoraler Lohnführerschaft möglich.